



Permanent Mission
to the United Nations
New York

Note No. 140/2019

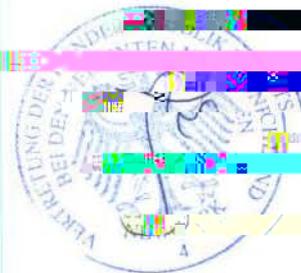
Note Verbale

The Permanent Mission of the Federal Republic of Germany to the United Nations
presents its compliments to the Office of Legal Affairs and, with reference to the
Assembly Resolution 72/200 of 20 December 2019, entitled "The scope and application of the
principle of universal jurisdiction," has the honour to forward Germany's input.

Annexation

The German Mission to the United Nations Secretariat Building
avails itself of this opportunity to refer to the Office of Legal Affairs the highest
consideration...

New



Mr. Miguel Ángel Soria
Under-Secretary-General
for Legal Affairs and United Nations Legal Counsel
United Nations
Secretariat Building S-3620
New York, NY 10017

I. Rechtliche Grundlagen

Durch das deutsche Völkerstrafgesetzbuch (VStGB), das am 30. Juni 2002 in Kraft getreten ist (BGBl. I 2254), werden schwerste Völkerrechtsverbrechen unter Strafe gestellt. Hierzu gehören Völkermord (§ 6 VStGB), Verbrechen gegen die Menschlichkeit (§ 7 VStGB) und Kriegsverbrechen (§§ 8 bis 12 VStGB) sowie seit dem 1. Januar 2017 das Verbrechen der Aggression (§ 13 VStGB). Das VStGB findet nur auf Straftaten Anwendung, die nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes begangen wurden. Straftaten vor dem 30. Juni 2002 sind nach früherem Recht zu beurteilen.

Zuständig für die Verfolgung von Straftaten nach dem VStGB ist nach § 120 Absatz 1 Nummer 8 und § 142a des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) grundsätzlich der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof (GBA), sofern er das Verfahren nicht wegen ~~Ä P L Q G H U H U~~ ~~in § 142a Absatz 2 Nummer 2 GVG an eine Landesstaatsanwaltschaft abgibt.~~ Dies ist der Fall, wenn das Verfahren sich von durchschnittlichen Strafverfahren im Hinblick auf den Umfang, die Schwere des Rechtsverstoßes oder ihre Bedeutung für den Täter oder den Verletzten nach unten abhebt. Insgesamt hat der GBA bisher vier Verfahren nach dem VStGB an Länderstaatsanwaltschaften abgegeben. Es handelt sich dabei ausnahmslos um sogenannte "Posing-Fälle" nach § 8 Abs. 1 Nummer 9 VStGB, in denen sich die Beschuldigten mit Leichen(-teilen) gegnerischer Kämpfer ablichten ließen.

Nach § 1 Satz 1 VStGB gilt für die Verbrechenstatbestände Völkermord (§ 6 VStGB), Verbrechen gegen die Menschlichkeit (§ 7 VStGB) und Kriegsverbrechen (§§ 8 bis 12 VStGB) das uneingeschränkte Weltrechtsprinzip; für das Verbrechen der Aggression (§ 13 VStGB) ist der AnwendungsbeAnwrfgGenBT 1 0 0734()6(g)-8(e)13(g)-nu-7(ng)-7(m [(ern)10()] TJ ET B

Der deutsche Gesetzgeber hat deshalb in § 153f StPO differenziert abgestufte Einschränkungen der Verfolgungspflicht vorgesehen. In erster Linie sind danach der Tatortstaat und der Heimatstaat von Täter und Opfer sowie ein zuständiger internationaler Gerichtshof zur Verfolgung berufen. Dies rechtfertigt sich aus dem besonderen Interesse des Heimatstaates von Täter und Opfer an der Strafverfolgung sowie aus der regelmäßig größeren Nähe der vorrangig berufenen Gerichtsbarkeiten zu den Beweismitteln.

Es gibt keine rechtlichen Beschränkungen, was die Anwesenheit des Beschuldigten auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland angeht; dies gilt insbesondere in Fällen, in denen ein Tatverdacht gegen einen Deutschen besteht oder die Tat gegen einen Deutschen begangen wurde.

II. Urteile

In Deutschland gab es auf Anklage des GBA bereits drei rechtskräftige Verurteilungen (gegen Straton M., Aria L. und Abdelkarim El B.) sowie einen rechtskräftigen Freispruch (Omaid N.) aufgrund von Kriegsverbrechen nach dem VStGB. Daneben sind derzeit die folgenden fünf Verfahren auf Grundlage des VStGB anhängig:

1. Das Oberlandesgericht (OLG) Stuttgart verurteilte am 28. September 2015 den 52-jährigen RWA Staatsangehörigen Dr. Ignace M. wegen Rädelsführerschaft in der ausländischen terroristischen Vereinigung "Ä) R U F H V ' p P R F U D W L T X H V G H" / L E p U D W (FDLR) in Tateinheit mit Beihilfe zu v.ET 343.37 T3(z)1 a.i1 710sverbraat nach detrkeiOmaid N.) Lung(este

§ OHSSR 'RUW ZROOWHQ PLQGHVWHQV VLHEHQ 0LWJOLHGHU G
EHILQGOLFKHQ 0DQQ GHQ VLH HLQHU LQ *HJQHUVFKDIW JXP Ä

zuordneten, durch Schläge und Tritte sowie durch die Drohung, ihn mit Stromschlägen zu

IROWHUQ JX HLQHU \$XVVDJH YHUDQODVVHQ 'HU \$QJHNODJWH

mindestens zehn Minuten dauernde Geschehen mit seinem Mobiltelefon.

Das Urteil ist nicht rechtskräftig.

3. Darüber hinaus verurteilte das OLG Stuttgart am 20. September 2017 (3 StE 5/16-4) den SYR Staatsangehörigen Suliman Al S. wegen Beihilfe zu einem mit erpresserischem Menschenraub, versuchter schwerer räuberischer Erpressung in drei tateinheitlichen Fällen und schwerer Freiheitsberaubung tateinheitlich zusammentreffenden Kriegsverbrechen gegen humanitäre Operationen gemäß § 10 Absatz 1 Nummer 1 VStGB zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und sechs Monaten. Nach den Feststellungen des Senats wurde ein Mitarbeiter der Mission der VN auf den Golanhöhen (United Nations Disengagement Observer Force ±UNDOF), der im Prozess als Nebenkläger beteiligt war, am 17. Februar 2013 in der Nähe von Damaskus entführt und dann in einem Gebäude südwestlich von Damaskus gefangen gehalten. In der Folgezeit erhob die Gruppierung - im Ergebnis allerdings erfolglos - Lösegeldforderungen gegenüber den VN, der CAN Regierung sowie der Familie des Entführten. Der Nebenkläger konnte am 16. Oktober 2013 eine Gelegenheit zur Flucht nutzen.

Der Senat sah es als erwiesen an, dass der Angeklagte sich während der Gefangenschaft des Nebenklägers innerhalb eines Monats im Frühjahr 2013 an sieben Tagen als Elektriker und als Bewacher des Gefangenen bereit erklärt hatte, die Gruppe, in deren Gewalt sich der Nebenkläger befand, darin zu unterstützen, diesen auch weiterhin gefangen zu halten, um so Lösegeld erpressen zu können.

Das Urteil ist nicht rechtskräftig. Die Entscheidung des OLG Stuttgart wurde mit Urteil des BGH vom 23.08.2018 (3 StR 149/18) im Schuldspruch geändert und im Strafausspruch aufgehoben, wobei die zugehörigen Feststellungen aufrechterhalten wurden.

: ROIHV³ HLQH JUDXVDPH 6FKUHFNHQVKHUUVFKDIW DXVJH•EW X
 misshandelt und gefoltert. Dieses Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

5. Das OLG Celle (5 StS ±1/18) hat am 13.12.2018 in einem gegen drei Brüder SYR Staatsangehörigkeit geführten Verfahren zwei Brüder wegen Unterstützung einer WHUURULVWL VFKHQ 9HUHLQLJXXQJUDP §XV)UDHQ 6HÄWD/E/KDUWD IDHQ Y aber wegen weitergehender Anklagepunkte (Vorwurfs des Kriegsverbrechens nach dem VStGB - Vertreibung von nach dem humanitären Völkerrecht zu schützenden Personen sowie Plünderungen, Kriegsverbrechen gemäß § 8 Absatz 1 Nummer 6 VStGB und § 9 Absatz 1 VStGB) freigesprochen. Das Urteil ist nicht rechtskräftig.

III. Anklagen

In folgenden weiteren laufenden Verfahren hat der Generalbundesanwalt Anklage nach dem VStGB erhoben:

1. Vor dem OLG Stuttgart wird derzeit gegen drei syrische Staatsangehörige wegen des Verdachts der Begehung von Kriegsverbrechen nach § 8 Absatz 1 Nummer 1 und 7 VStGB verhandelt. Ihnen wird vorgeworfen, im März 2013 auf einem Müllplatz in der Nähe der syrischen Stadt Tabka insgesamt 36 Mitarbeiter der syrischen Regierung, die zuvor bei der Eroberung der Stadt Rakka gefangen genommen worden waren, getötet zu haben. Die Hinrichtungen erfolgten in Vollstreckung eines Urteils eines Scharia-Richters der Jabhat al-Nusra.
2. Vor dem Kammergericht Berlin wird ein Verfahren gegen Raad Riyadh A. und Abbas R geführt. Die Beschuldigten sind verdächtig im Oktober 2014 im irakischen Dorf Dourat Qasim al Khayyat in der Nähe Mossuls als Mitglieder des IS an der Hinrichtung eines irakischen Offiziers beteiligt gewesen zu sein. Dabei ist Raad Riyadh A. verdächtig, den gefangenen irakischen Offizier gemeinsam mit weiteren Mitgliedern des IS zum Hinrichtungsort geleitet und an der Erschießung mitgewirkt zu haben. Abbas R. ist verdächtig, als Jugendlicher direkt vor der Erschießung des Opfers dieses im Bewusstsein der bevorstehenden Hinrichtung in schwerwiegender Weise beschimpft, beleidigt und bespuckt zu haben.
3. Mit Anklageschrift vom 29. November 2018 hat der GBA gegen den syrischen Staatsangehörigen Mohamad K. vor dem OLG Stuttgart Anklage erhoben. Dem Beschuldigten wird zur Last gelegt, als zur Freien Syrischen Armee (FSA) zugehörige

Person, die durch den militärischen Einsatz seiner Gruppierung gewonnene Herrschaftsgewalt und die Bürgerkriegswirren ausgenutzt zu haben, um im Zeitraum Januar 2012 bis 20. Januar 2013 zwei bislang unbekannte Personen zu foltern, indem er sie mit seilartigen Gegenständen geschlagen hat. Die beiden Männer gehörten als sogenannte **Ä 6 KDELK³ JX LUUHJXOIU EHZ** zu den **Söldner- und paramilitärischen Einheiten** und wurden von dem Beschuldigten und seinen Mittätern dem regierungstreuen Personenkreis zugerechnet.

Der Beschuldigte befindet sich aufgrund des Haftbefehls des Ermittlungsrichters des BGH aufgrund dieser Sache seit dem 20. Juni 2018 in Untersuchungshaft.

4. Der GBA hat am 20. Dezember 2018 vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart Anklage gegen die deutsche Staatsangehörige Sabine Ulrike Sch. erhoben. Der Beschuldigten wird vorgeworfen sich als Mitglied an der ausländischen terroristischen **9HUHLQLJXQJ Ä, VODPLVFKHU 6WDDW ,6³ EHWHLLOLJW VRZLH V** Erfordernisse des bewaffneten Konflikts geboten war, Sachen der gegnerischen Partei in erheblichem Umfang völkerrechtswidrig angeeignet zu haben. Zudem werden ihr Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz sowie gegen das Waffengesetz zur Last gelegt.

Die Anklage geht u. a. davon aus, dass die Beschuldigte Anfang März 2014 gemeinsam mit ihrem Ehemann nach islamischem Ritus in **0DQELM HLQ YRQ GHP Ä,6³ JXU 1XW]X** •**EHUODVVHQHV +DXV EHJRJHQ KDW 'LHVHV KDWWH GHU Ä,6³ X** **QDFK GHP GLH UHFKWPI% LJHQ %HZRKQHU YRU GHP Ä,6³ JHIORK** **QHXXH +DXVKDOWVJHUIWH GLF DKS OH QGHU WFKQ F)K EHLQ Ä,WDPPV**

Anschließend zogen sie im Juni/Juli 2014 in eine möblierte Wohnung in der Stadtmitte von **5DTTD \$XFK GLHVHV \$QZHVHQ ZDU YRQ GHP Ä,VODPLVFKHQ 6W** worden, nachdem die rechtmäßigen Bewohner durch **de Q Ä,6³ YHUWULHEHQ RGHU YRU** geflohen waren.

IV. Ermittlungsverfahren

Der GBA hat zudem im Jahr 2018 mehrere Ermittlungsverfahren eingeleitet, von denen folgende Verfahren berichtenswert sind:

1. Im November 2016 hat der GBA ein Ermittlungsverfahren gegen den irakischen Staatsangehörigen Mohammed Abbas Y. eingeleitet. Dieser ist verdächtig spätestens seit dem 3. August 2014 bis zu einem nicht näher bestimmbar Zeitpunkt im April 2015 als **Mitgli HG GHV Ä, VODPLVFKHQ 6WDDWHV³ 0LOLJHQI•KUUH LQ JX *HII** Liegenschaften in Tal Afar, Kaser El Maharab und Umgebung sowie in Mosul, jeweils im

Gouvernement Ninawa im Irak, in denen jesidische Verschleppte unter katastrophalen Bedingungen unrechtmäßig inhaftiert worden waren, gewesen zu sein. Er ist verdächtig, in dieser Funktion Frauen und Mädchen geschlagen, den Verkauf von Frauen und Mädchen als Sklavinnen unterstützt und organisiert, selber zwei jesidische Frauen erworben sowie in mindestens drei Fällen eine 17-jährige Frau vergewaltigt zu haben.

Auf Antrag des GBA hat der Ermittlungsrichter des BGH aufgrund dieser Vorwürfe einen Haftbefehl erlassen aufgrund dessen der Beschuldigte weltweit zur internationalen Fahndung ausgeschrieben wurde.

2. Der GBA führt seit Mai 2018 ein Ermittlungsverfahren gegen Jamil A. H. wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach dem VStGB. Dem Beschuldigten wird zur Last gelegt in der Zeit vom 29. April bis August 2013 als Leiter des syrischen Geheimdienstes der Luftwaffe im Rahmen eines systematischen und ausgedehnten Angriffs auf eine Zivilbevölkerung in Syrien selbst, durch andere gemeinschaftlich und als militärischer Befehlshaber mindestens 352 Menschen getötet, eine noch zu ermittelnde Anzahl, mindestens jedoch sieben Menschen gefoltert, eine noch zu ermittelnde Anzahl, mindestens jedoch einem Menschen andere körperliche oder seelische Schäden zugefügt und eine noch zu ermittelnde Anzahl, mindestens jedoch drei andere Menschen unter Verstoß gegen eine allgemeine Regel des Völkerrechts in schwerwiegender Weise der Freiheit beraubt zu haben. Der BGH erließ auf Antrag des GBA gegen den Beschuldigten einen Haftbefehl. Dieser Haftbefehl wurde weltweit ausgeschrieben.

3. Im Juli 2018 hat der GBA ein Ermittlungsverfahren gegen den syrischen Staatsangehörigen Nehad S. eingeleitet. Der Beschuldigte ist verdächtig seit Anfang 2011 bis mindestens zum 17. August 2012 Leiter des Gefängnisses in Tadmor bei Palmyra gewesen zu sein und im Rahmen eines ausgedehnten und systematischen Angriffs gegen eine Zivilbevölkerung selbst, durch einen anderen, gemeinschaftlich und als militärischer Befehlshaber durch eine Handlung mindestens drei Menschen getötet zu haben, eine noch genauer zu ermittelnde Anzahl von Menschen, mindestens aber neun, die sich in seinem Gewahrsam oder in sonstiger Weise unter seiner Kontrolle befanden, gefoltert zu haben, indem er ihnen erhebliche körperliche oder seelische Schäden oder Leiden zufügte, die nicht lediglich Folge völkerrechtlich zulässiger Sanktionen sind und eine noch genauer zu ermittelnde Anzahl von anderen Menschen, mindestens aber neun, schwere körperliche oder seelische Schäden, zugefügt zu haben.

4. Im September 2018 hat der GBA ein Ermittlungsverfahren gegen Shahab Ahmed Al W.

ali DV Ä\$EX 'LDE³ HLQJHOHLWHW 'LHVHU LVW YHUGIFKWLJ VHLW

Translation

I. Legal basis

The German Code of Crimes against International Law (CCAIL), which entered into force on 30 June 2002 (Federal Law Gazette I p. 2254), made sure that the most serious crimes against international law were also criminal offences under German law. These include genocide (section 6 of the CCAIL), crimes against humanity (section 7) and war crimes (sections 8 to 12) and, since 1 January 2017, the crime of aggression (section 13). The CCAIL only applies to criminal offences committed after it entered into force. Criminal offences committed before 30 June 2002 are dealt with in accordance with prior legislation.

Responsibility for bringing prosecutions under the CCAIL lies, pursuant to sections 120

bringing a prosecution is primarily the responsibility of the state in which a crime was committed or of the home countries of the perpetrator and victim, or of any competent international court. This view is justified by the special interest the home countries of the perpetrator and victim have in the prosecution, as well as by the fact that the jurisdictions with primary responsibility are, as a rule, better positioned to gather evidence.

There are no legal restrictions resulting from the absence of the accused from the territory of the Federal Republic of Germany; this applies in particular to cases in which a German national is suspected of having committed a crime or a crime has been committed against a German national.

II. Court judgements

Prosecutions brought by the Federal Prosecutor General in Germany in cases concerning war crimes under the CCAIL have so far resulted in three final and binding convictions (against Straton M., Aria L. and Abdelkarim El B.) and one final and binding acquittal (Omaid N.). The following five cases brought under the CCAIL are still pending:

1. On 28 September 2015, the Higher Regional Court in Stuttgart convicted the 52-year-old Rwandan national Dr Ignace M. of playing a leading role in a foreign terrorist organisation,

W K H F) R U ' p P R F U D W L T X H V G H / L E p U D W L R Q G X 5 Z D Q G D ') ' / 5 D Q Z D U F U L P H V X Q G H U W K H & & \$, / + H Z D V V H Q W H Q F H G W R \ H D U

Court of Justice quashed the conviction upon appeal filed by the defendant and the Federal 3 U R V H F X W R U * H Q H U D O + R Z H Y H U L W X S K H O G P R V W R I W K H O R been referred back to a different criminal division of the Stuttgart Higher Regional Court for a retrial.

2. In a separate case, Abdelkarim El B. was found guilty of aiding and abetting a war crime against persons and being a member of a terrorist organisation abroad by the Higher Regional Court in Frankfurt on 24 September 2018 (file no. 5-3 StE 4/16-4-3), and, taking into consideration previous final convictions, was sentenced to a total of 10 years imprisonment. The court held that the accused had, as a member of the so-called Islamic State of Iraq and Greater Syria (ISIS), participated on 9 November 2013 in the cruel and inhuman treatment of a person protected under international humanitarian law. Acting on orders from a commander known as an emir, he entered a building located somewhere in or near Aleppo. There at least seven members of ISIS were beating and kicking a man they believed belonged to a rival organisation, and threatening to torture him with electric shocks,

in order to obtain information from him. On the orders of the emir, the accused filmed the episode, which lasted at least ten minutes, on his mobile telephone.

The conviction is not yet final.

3. Furthermore, on 20 September 2017, the Higher Regional Court in Stuttgart convicted the Syrian national Suliman Al S. (file no. 3 StE 5/16-4) of aiding and abetting war crimes against humanitarian operations pursuant to section 10 (1) 1 of the CCAIL by committing acts which also constituted abduction for the purpose of blackmail, three counts of attempted serious cases of blackmail and use of force or threats against life or limb and a serious case of unlawful imprisonment. He was sentenced to three and a half years imprisonment. The court found that a member of the UN mission on the Golan Heights (United Nations Disengagement Observer Force - UNDOF), who had joined the court proceedings as joint plaintiff, had been kidnapped on 17 February 2013 near Damascus and held captive in a building to the south-west of the city. In the months that followed, the group made ransom

GHPDQGV WR WKH 81 WKH & DQDGLDQ *RYH HLPW QW DQG WKH K

protection under international humanitarian law and pillaging (sections 8 (1) 6 and 9 (1) CCAIL)). The conviction is not yet final.

III. Indictments

Syrian air force intelligence service, Jamil A. H. is suspected of several deeds committed between 29 April and August 2013 as part of a systematic and widespread attack directed against a civilian population in Syria individually, jointly with another or through another person, and as a military commander. These deeds include killing at least 352 people, torturing a yet to be determined number of people (at least seven), causing other physical or mental harm to a yet to be determined number of people (at least one), and of severely depriving, in contravention of a general rule of international law, a yet to be determined number of people (at least three other people), of their physical liberty. The Federal Court of Justice issued an arrest warrant for the suspect at the request of the Federal Prosecutor General. This arrest warrant has international validity.

3. The Federal Prosecutor General launched investigative proceedings in the case of the Syrian national Nehad S. in July 2018. He is suspected of various deeds between the start of 2011 and 17 August 2012, if not later, committed in his capacity as head of Tadmor prison near Palmyra individually, jointly with another or through another person, and as a military commander as part of a systematic and widespread attack directed against a civilian

Upon an application lodged by the Federal Prosecutor General, the investigating judge at the Federal Court of Justice has issued an arrest warrant on the basis of these allegations. As a result, Shahab Ahmed Al W. is wanted worldwide.

5. The Federal Prosecutor General has been conducting investigative proceedings in the case of Murat D. since November 2018. He is accused of participating in the trafficking of